

Beckstein: "Wir müssen überzeugender werden"

Regensburg (epd). Die Christen in Deutschland sollten nach Ansicht des Vizepräsidenten der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Günther Beckstein, mehr für ihren Glauben werben. Das Christentum sei eine wunderbare Religion, die Lebenshilfe gibt. "Wir müssen überzeugender werden", sagte Beckstein in der evangelischen Neu-pfarrkirche in Regensburg. Er wünsche sich, "dass so selbstverständlich über Religion wie über die Fußballbundesliga geredet wird", sagte der ehemalige bayerische Ministerpräsident.

"Wir sind als Laien dazu aufgerufen, unseren Glauben zu bezeugen", forderte Beckstein, der auch Mitglied der bayerischen Landessynode ist. Gerade Protestanten müssten extrovertiert statt selbstgenügsam auftreten, weniger von Defiziten sprechen, sondern die Vorzüge ihres Glaubens in den Vordergrund stellen. Denn Kirche sei in allen Lebenslagen: von der Taufe bis zur Beerdigung.

Die Zahl der Kircheng Austritte beobachtet der CSU-Politiker mit Sorge. Seit der Jahrtausendwende seien bundesweit eine Million Menschen aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Allein 2010 seien es 150.000 gewesen. "Mich schmerzt jeder Kircheng Austritt", sagte Beckstein und nannte als Austrittsgründe etwa die Kirchensteuer, einzelne Ärgernisse und die zunehmende Säkularisierung. "Die Bindekraft der Christen nimmt ab, die der Muslime dagegen zu."

Erschreckend sei das Wissen über den Glauben bei Jugendlichen. Fast jeder wisse zwar, was an Weihnachten gefeiert wird. Was Ostern bedeute, wisse aber nur jeder Vierte; Fronleichnam könne nur jeder Zwölfte richtig zuordnen, bedauerte Beckstein entsprechende Umfrageergebnisse. (01/2912/12.10.2012)

AUS DEM INHALT

Augsburg: „Jeden Tag eine gute Tat“	3
Nürnberg: Preis für ehrenamtliche „Zeitschenker“	5
München: „Bündnis für Toleranz“ verurteilt Antisemitismus	14
Nürnberg: Protest gegen Nahrungsmittelspekulation	16
Ansbach: Kirchenmusik darf nicht kaputt gespart werden	20
München: Sprechende Haushaltsgeräte	21
Würzburg: Lehre trotz Lernbehinderung	25

"Jeden Tag eine gute Tat"

Ministerpräsident Seehofer dankt Ehrenamtlichen in Kirchen

Augsburg (epd). Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat bei einem Staatsempfang in Augsburg den Ehrenamtlichen in Kirchen und Religionsgesellschaften seine Anerkennung ausgesprochen. Er bedankte sich bei den "Frauen und Männern, die sich aus der Kraft ihres Glaubens für ihre Mitmenschen engagieren". 1.100 Ehrenamtliche aus der evangelisch-lutherischen und der katholischen Kirche, den Israelitischen Kultusgemeinden, der Griechisch-Orthodoxen und der Rumänisch-Orthodoxen Metropole waren der Einladung der bayerischen Regierung ins Augsburger Kongresszentrum gefolgt.

Dass Bayern so glänzend dastehe, liege an den Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich engagierten, sagte Seehofer. "Wer sich für das Gemeinwohl engagiert, praktiziert Nächstenliebe. Das Glück, das man anderen vermittelt, fällt auf einen selbst zurück." In persönlichen Worten erzählte Seehofer von seiner Jugend, als er in Sportvereinen und als Pfadfinder engagiert war. "Ich probiere immer noch, jeden Tag eine gute Tat zu tun." In der Zeit einer schweren Erkrankung vor zehn Jahren habe er den Beistand von Ehrenamtlichen besonders schätzen gelernt. "Dieser Zuspruch, diese Worte des Trostes und der Ermutigung waren für mich als Patient hilfreicher als Apparate und Medikamente."

Auch die Vertreter der christlichen Kirchen und der Israelitischen Kultusgemeinde drückten ihre große Wertschätzung für die Ehrenamtlichen aus. Der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm sagte, dass ehrenamtliches Engagement in den letzten Jahren noch zugenommen habe. "Menschen, die sich engagieren, erfahren Gemeinschaft und tragen zur Gemeinschaft bei. Das betrifft nicht in erster Linie den Kopf, sondern erreicht das Herz und gibt Kraft." Für ihn selbst seien die Ehrenamtlichen in den Gemeinden Quelle "größter Inspiration und Freude". Ehrenamtliches Engagement ist aus seiner Sicht wichtiger Bestandteil des christlichen Glaubens und "Schlüssel für das Glück".

Der katholische Bischof von Augsburg, Konrad Zdarsa, bezeichnete freiwillige Helfer als "Goldstücke der Kirche und Gesellschaft" und als "unbezahlbar". Ehrenamtliche gäben durch ihren Glauben "der Kirche ein Gesicht", so Zdarsa. Deshalb verdienten sie "höchstes Lob und Anerkennung". Auch die Vertreter der rumänisch-orthodoxen und der griechisch-orthodoxen Kirchen in Deutschland würdigten den Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter.

Ein stark politisch gefärbtes Grußwort sprach Josef Schuster, der Präsident des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern. Auch er dankte den Ehrenamtlichen, die "jüdisches Leben erst möglich machen" und äußerte sich dann zur Debatte um die Beschneidung jüdischer Jungen. Das Gerichtsurteil des Kölner Landgerichts, das die Beschneidung als Körperverletzung gewertet hatte, gefährde das jüdische Leben in Deutschland. "Die öffentliche und teils erbitterte Auseinandersetzung mit dem Thema hat uns erschreckt und tief betroffen gemacht", sagte Schuster. Er empfinde das Urteil als "Angriff auf die Religionsfreiheit", dankte aber zugleich den christlichen Kirchen für ihre klare Unterstützung.
(01/2887/11.10.2012)

+++

Knobloch begrüßt Billigung des Beschneidungsgesetzes durch Kabinett

Berlin, München (epd). Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, hat die Bundesregierung für deren Zustimmung zum Gesetzentwurf zur Erlaubnis der Beschneidung von minderjährigen Jungen gelobt. Die "rasche Entscheidung" ist Knobloch zufolge ein wichtiger und richtiger Schritt gewesen, damit habe die Regierung verantwortungsbewusst gehandelt. Der Gesetzentwurf sei "ausgewogen und geeignet, die entstandene Rechtsunsicherheit zu beseitigen", sagte Knobloch. Sie hoffe, dass das Gesetz in dieser Form so schnell wie möglich auch den Bundestag passiere.

Knobloch zeigte sich erleichtert, "dass Deutschland nicht das erste und einzige Land auf der Welt wird, in dem Juden ihre Religion nicht mehr ausüben können." Sie hoffe, dass das Thema nun aus der öffentlichen Diskussion verschwinde. Die Art und Weise der Debatte sei unerträglich gewesen, die Beschneidung als ein für jüdische Menschen zentrales, konstitutives Kernelement ihrer Religion sei "leichtfertig zum Spielball selbst ernannter Experten geworden". Auf diesem Wege seien eindeutig antisemitische Argumentationsmuster vermeintlich salonfähig in den öffentlichen Raum zurückgekehrt, beklagte Knobloch.

Das Bundeskabinett hatte am Mittwoch (10. Oktober) den Gesetzentwurf zur Erlaubnis der Beschneidung minderjähriger Jungen beschlossen. Im Sorgerecht soll demzufolge ein Paragraph eingefügt werden, wonach Eltern in den Eingriff einwilligen können, auch wenn er nicht medizinisch notwendig ist. Bedingung ist die fachgerechte Anwendung, eine umfassende Aufklärung, eine effektive Schmerzbehandlung und die Berücksichtigung des Kindeswohls sowie - soweit möglich - des Willens des Jungen.

Das Kölner Landgericht hatte die Beschneidung eines muslimischen Jungen aus religiösen Motiven als Körperverletzung gewertet. Bei Muslimen sowie bei Juden, die ihre Söhne als Aufnahmeerben am achten Tag nach der Geburt beschneiden lassen, sorgte die Entscheidung für Empörung. (01/2876/10.10.2012)

+++

Experte beklagt Beschneidungsdebatte in "ätzendem" Ton

Nürnberg (epd). Der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Heiner Bielefeldt, ist entsetzt über den "ätzenden, verächtlichen Ton gegenüber Juden und Muslimen" in der Debatte um Beschneidungen. Wie der Erlanger Professor für Menschenrechte in Nürnberg sagte, habe sich ein "säkularer Fanatismus gezeigt, der in der Gesellschaft eine erstaunliche Resonanz findet". Zudem beklagte Bielefeldt einen "erstaunlich schlechten Ruf" der Religionsfreiheit.

Von den christlichen Kirchen habe er sich in der jüngsten Diskussion über die Beschneidung jüdischer und muslimischer Jungen mehr erwartet, sagte Bielefeldt. Zwar hätten sie sich nach dem Kölner Urteil gegen Beschneidung klar positioniert. "Danach kam von den Kirchen aber nicht mehr so viel", kritisierte er.

In der Beschneidungsdebatte werde es "keine Lösung geben, mit der alle zufrieden sind", sagte der Professor. Er selbst halte den Vorschlag aus dem Justizministerium für einen "tragbaren Kompromiss". Die Religionsgemeinschaften müssten Auflagen des Staates akzeptieren. Ein Verbot wäre aber seiner Ansicht nach "unverhältnismäßig" gewesen.

Die Religionsfreiheit steht nach Ansicht Bielefeldts nicht im Gegensatz zur Meinungsfreiheit. So sei Religionsfreiheit nicht der Anspruch auf Schutz gegen Beleidigungen und Kritik. Er warnte davor, die Religionsfreiheit gegen andere Menschenrechte auszuspielen und nannte als Beispiele das Anti-Islam-Video oder religiös diffamierende Karikaturen. Hier werde oft die Gefahr beschworen, die Religionsfreiheit bremse die Meinungsfreiheit aus. (01/2929/14.10.2012)

+++

"Auch in Bayern werden die Menschen ärmer"

Verbände der Freien Wohlfahrtspflege fordern Zeitplan für Gegenmaßnahmen

München (epd). Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAGFW) hat die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag bis Juli 2013 einen Zeitplan für Gegenmaßnahmen zur Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen vorzulegen. Die Armutsgefährdungsquote im Freistaat sei seit 2003 beständig angestiegen und liege derzeit bei 13,8 Prozent, erklärten die LAGFW-Vorsitzenden Thomas Beyer (Arbeiterwohlfahrt) und Margit Berndl (Paritätischer Wohlfahrtsverband) in München. Rund 1,73 Millionen Menschen lebten unterhalb der Armutsschwelle von 892 Euro für Ein-Personen-Haushalte pro Monat. "Auch in Bayern werden die Menschen ärmer", so die beiden Vorsitzenden.

Besonders dramatisch sei die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern, betonte der Landtagsabgeordnete Beyer (SPD). Zwei von fünf Kindern in Bayern müssten mit ihrem Elternteil unterhalb der Armutsschwelle leben. Für weitere Bevölkerungsgruppen wie ältere Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose bestehe "ein großer Handlungsbedarf". Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für "besonders arbeitsmarktferne Zielgruppen" sei dringend nötig.

Eine "aussagekräftige landesweite Wohnungsnotfallstatistik" forderte Henrik Lütke vom Diakonischen Werk Bayern. "Bei der Festlegung angemessener Mieten und der Mietobergrenzen müssen die ortsspezifischen Verhältnisse transparent und nachvollziehbar berücksichtigt werden", sagte Lütke. Präventive Hilfen zur Verhinderung von Wohnungsverlust müssten "besonders auch im ländlichen Raum" ausgebaut werden.

Die LAGFW kritisierte ferner, dass der neue Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung vom Juli eine Woche nach Beginn der Parlamentsferien vorgelegt worden war und damit die öffentliche Diskussion eingeschränkt worden sei. "Der Sozialbericht 2012 klammert zudem Asylsuchende und geduldete Ausländerinnen und Ausländer aus, obwohl sich die überwiegende Mehrheit dieser Personen in einer besonders prekären Lebenssituation befinden", so die Freien Wohlfahrtsverbände weiter. (01/2881/10.10.2012)

+++

Diakonie zeichnet ehrenamtliche "Zeitschenker" und weitere Freiwilligenprojekte aus

Nürnberg, Regensburg, Nersingen (epd). Die ehrenamtlichen "Besucher" beim Sozialpsychiatrischen Dienst des Diakonischen Werkes Regensburg haben beim diesjährigen Diakonie-Wettbewerb den ersten Preis errungen. Wie das Diakonische Werk Bayern in Nürnberg mitteilte, lobte die Jury, dass diese 12 Ehrenamtlichen in Regensburg "die ganz besondere psychischen Situationen der Erkrankten" wahrnehmen. Als "Zeitschenker" würden sie oft über Jahre hinweg den Kontakt zu psychisch kranken Menschen pflegen. Dies sei "eine ganz besondere Qualität in der ehrenamtlichen Arbeit". Weitere Auszeichnungen für vorbildliche ehrenamtliche Projekte der bayerischen Diakonie gingen nach Nersingen, Memmingen und Kulmbach.

Den zweiten Preis erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehrenamtlich betreuten Projekte im Seniorenheim in Nersingen der Diakonie Neu-Ulm, die einen Männerstammtisch, einen "Butter & Brot-Tag", ein Märchenprojekt oder Tierbesuche anbieten. Die "Breite des Angebots, die Originalität der Projekte" habe die Jury überzeugt, dieses Betreuungsangebot auszuzeichnen.

Die Ehrenamtlichen des Memminger "Kaufhaus des Diakonischen Werks" (K-DW) freuten sich über einen dritten Preis. Das Geschäft mit großem Sortiment aus zweiter Hand sei ein Projekt, das jahrelang erfolgreich tätig sei und von einer großen Zahl an Ehrenamtlichen getragen werde, hieß es in der Begründung. Ein weiterer dritter Preis bekam das Projekt "Kukatz, die Kulmbacher Kinderausstattungs-Tauschzentrale". Für wenig Geld oder umsonst gibt es dort Kinderkleidung, Spielzeug und Bücher.

Die Ehrenamtspreise werden seit 2002 jährlich im Rahmen der Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes Bayern verliehen. Sie sind mit 2.000, 1.500 und 1.000 Euro dotiert und sind von Unternehmen gesponsert. In diesem Jahr konnten sich Besuchsdienste sowie sogenannte Non-Profit-Angebote für Waren und Dienstleistungen darum bewerben. Den Angaben nach engagieren sich bayernweit derzeit mehr als 21.000 Menschen ehrenamtlich in Einrichtungen und Projekten der Diakonie. (01/2870/10.10.2011)

(Siehe hierzu auch den Korrespondentenbericht am Ende des Dienstes)

+++

Diakonie Bayern: Neuer Diakonischer Rat gewählt

Haushaltsjahr 2011 mit "roter Null" wegen wegfallender Zuschüsse abgeschlossen

Nürnberg (epd). Die Mitglieder der Diakonie Bayern haben einen neuen Diakonischen Rat gewählt - das Aufsichtsgremium des Wohlfahrtsverbandes. Von 2012 bis 2018 gehören dem Gremium 19 Mitglieder an, 17 stehen bereits fest, wie das Diakonische Werk Bayern mitteilte. Als sogenannte benannte Vertreter sind Heinrich Götz (Landessynode), Detlev Bierbaum (Landeskirchenrat), Günther Breitenbach (Rummelsberger Diakonie), Jürgen Zenker (Diakonie Neuendettelsau) und Andreas Cramer (Diakoniewerk Martha-Maria) Mitglied des Diakonischen Rates.

Die Hälfte der zwölf gewählten Mitglieder ist neu dabei: Isolde Heine-Wirkner (FrauenWerk Stein), Gabriele Sörgel (Stadtmission Nürnberg), Gabriele Burmann (Verein für Gemeindediakonie Neu-Ulm), Hannelore Höfig (Evangelische Kindertagesstätten gGmbH), Beate Hofmann (Evangelische Hochschule Nürnberg) und Angelika Pfab (Evangelischer Pflegedienst München). Wiedergewählt wurden Schwester Friederike Popp (Geistliches Zentrum Schwanberg), Günther Bauer (Innere Mission München), Otto Bayreuther (Diakonie Selb-Wunsiedel), Jochen Keßler-Rosa (Diakonie Schweinfurt), Alexander von der Marwitz (Diakonie Memmingen) und Peter Selensky (Diakonie Rosenheim).

Als gewählte Vertreter ausgeschieden sind Dorothea Geuthner (Evangelische Fachhochschule Nürnberg), Eva-Maria Lettenmeier (Augustinum), Gabriele Müller-Rückert (FrauenWerk Stein), Silke Naudiet (Evangelischer Fachverband für Beratung), die Kronacher Dekanin Dorothea Richter und Holger Peters (Diakonie Landshut).

Das Gremium wurde von 206 wahlberechtigten Vertretern diakonischer Träger aus ganz Bayern gewählt. Der neu gewählte Diakonische Rat tritt am 14. Dezember zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dann wird unter anderem auch über die zwei unabhängigen Personen beraten, die zusätzlich in den Rat berufen werden. Diese dürfen hauptberuflich weder bei der bayerischen Diakonie oder einem seiner

Mitglieder noch bei der evangelischen Landeskirche beschäftigt sein. Der Diakonische Rat ist in seinen Aufgaben in etwa mit einem Aufsichtsrat vergleichbar: Er übt die Aufsicht über den Vorstand aus und berät diesen.

Bei der Mitgliederversammlung wurde auch der Haushaltsabschluss 2011 vorgelegt. Man habe im vergangenen Jahr nur einen kleinen Verlust von rund 62.000 Euro gemacht, sagte Tobias Mähner, zweiter Vorstand der Diakonie Bayern. Angesichts der Bilanzsumme von mehr als elf Millionen Euro im Jahr 2011 sei dies kein Problem. Der Fehlbetrag kam vor allem durch den kurzfristigen Wegfall von Zuschüssen zustande, der in der Haushaltsplanung 2011 noch nicht vorhersehbar gewesen sei.

Zudem hat die Mitgliederversammlung die Satzung der Diakonie in einem wichtigen Punkt verändert. Bislang sah die Satzung vor, dass Mitglieder mit der rechtlichen Form einer GmbH mehrheitlich im Besitz kirchlicher Körperschaften sein müssen - andernfalls drohen Sanktionen. Zuletzt hatte dieser Punkt beim Verkauf des Krankenhauses Rummelsberg von der Diakonie an die Sana AG für Missverständnisse gesorgt. Künftig werden Mitglieder nicht mehr sanktioniert, sondern die Mitgliedsrechte liegen auf Eis, während jedoch die Pflichten weiterhin bestehen.

Der zweite Vorstand der bayerischen Diakonie, Tobias Mähner, stellte in diesem Zusammenhang vor den Mitgliedern nochmals klar, dass dieses Vorgehen "nie als Kritik an der unternehmerischen Entscheidung der Diakonie hinsichtlich des Verkaufs des Krankenhauses" gedacht, sondern nur der Satzung und deren korrekter Umsetzung geschuldet war. Die Krankenhaus Rummelsberg gGmbH im Besitz der Sana AG hatte bereits vor der Mitgliederversammlung von sich aus ihren Austritt aus dem Diakonischen Werk erklärt. (01/2900/11.10.2012)

+++

Diakonie-Insolvenz in Schwabach abgewendet

Schwabach (epd). Die Insolvenz der Diakonie Schwabach ist vorerst abgewendet: Die Mitarbeitendenvertretung, Aufsichtsrat und Vorstand einigten sich vor der Schlichtungsstelle der Diakonie Bayern auf den Entwurf einer Notlagendienstvereinbarung, wie das Diakonische Werk Bayern mitteilte. Die Dienstvereinbarung sehe vor, dass die 211 Mitarbeitenden in diesem Jahr auf 80 Prozent ihres Weihnachtsgeldes verzichten. So würden 300.000 Euro eingespart. Das ist die Hälfte der benötigten Summe, um die drohende Zahlungsfähigkeit abzuwenden. Die andere Hälfte leisteten Banken, die Mitglieder der Diakonie Schwabach, die Landeskirche und die Diakonie Bayern.

In finanzielle Schieflage ist das Diakonische Werk Roth-Swabach geraten, weil in den beiden Pflegeheimen nicht mehr die benötigten Erträge eingefahren wurden, erklärte Dekan Klaus Stiegler dem epd. Gründe dafür seien erhöhte Energie- und Nebenkosten sowie eine Einmalzahlung und Lohnerhöhungen gewesen, "die aus gutem Grund gezahlt wurden, bei uns aber zum schweren Dilemma führten". Als Folge sei nun nicht mehr das Geld vorhanden gewesen, um "chronische Defizite" bei den Beratungsstellen wie der allgemeinen sozialen Beratungsstelle (KASA) auszugleichen.

In der geschlossenen Dienstvereinbarung wurde laut Diakonie zusätzlich eine Besserungsklausel eingebaut: Sollte die Diakonie Schwabach bis einschließlich 2020 einen Jahresüberschuss von mehr als 50.000 Euro erwirtschaften, hätten die Mitarbeitenden Anspruch auf Nachzahlung der Summe, auf die sie dieses Jahr verzichten. Außerdem würden Mitarbeitendenvertretung und Dienststellenleitung einen gemeinsamen Ausschuss bilden, der vorerst bis Ende 2013 bestehen soll.

Dort sollen die Mitarbeitenden über die Umsetzung des Sanierungskonzepts und die wirtschaftliche Entwicklung der Diakonie informiert werden. Ebenfalls bis Ende 2013 soll es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. (01/2884/11.10.2012)

+++

Diakonie Kitzingen will weiteres Pflegeheim betreiben

Kitzingen (epd). Die Diakonie Kitzingen muss den dringend nötigen Umbau und die Sanierung ihres Pflegeheimes Frida-von-Soden-Haus über einen Umweg in Angriff nehmen. Bis im Jahr 2014 will die Diakonie im Stadtteil "Siedlung" ein neues Pflegeheim betreiben, dies habe der Diakonie-Vorstand Ende September beschlossen, teilte Geschäftsführer Jochen Keßler-Rosa mit. Vorgesehen sind die Anmietung und der Betrieb eines neuen modernen Seniorenhauses mit 50 bis 60 Pflegeplätzen, gebaut werden soll es von privaten Investoren. Bevor die Verträge jedoch endgültig unterschrieben werden, müssten noch Details geklärt werden.

Nach der Eröffnung des neuen Pflegeheimes soll die Sanierung des Frida-von-Soden-Hauses auf den Weg gebracht werden. Damit sei eine Reduzierung von derzeit 109 Plätzen für pflegebedürftige und rüstige Bewohner auf dann 60 bis 70 Plätze oder Apartments verbunden. Dies sei nötig, um die Vorgaben des neuen Pflege-Wohnqualitätsgesetzes zu erfüllen, die in wenigen Jahren für ältere Häuser zur Pflicht werden. Die Nachfrage sei so groß, dass der Bestand beider Einrichtung auch künftig gesichert sei, sagte Keßler-Rosa. (00/2917/12.10.2012)

+++

Evangelische Arbeitnehmer gegen private Pflegeversicherung

60 Jahre Arbeitsgemeinschaft für Soziale Fragen in Bayern und Thüringen

Nürnberg (epd). Die evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soziale Fragen in Bayern und Thüringen (EAG) spricht sich gegen eine Privatisierung der Sozialsysteme aus. In einer Resolution, die die EAG zu ihrer 60-Jahr-Feier in Nürnberg verabschiedete, heißt es, "vor allem die Pflege darf nicht privatisiert werden". Es widerspreche in höchstem Maße der evangelischen Sozialethik, wenn Pflegeleistungen nur vom Geld abhingen.

Zudem fordert der Verband, dass Beiträge zu sozialen Sicherungssystemen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder zu gleichen Teilen gezahlt werden. Zusätzlich will die EAG alle Bürger und alle Einkommensarten in die Sozialsysteme einbeziehen. Dazu sollten auch Gewinne aus Vermietungen und Verpachtungen zählen.

Der Verband entsendet die evangelischen Vertreterinnen und Vertreter in die Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen, Genossenschaften sowie in Arbeits- und Sozialgerichte. Der Vizepräsident der evangelischen Landessynode in Bayern, Peter Seißer, betonte, die Vertreter der Arbeiterschaft in den Gerichten seien wichtig, damit Urteile "nicht an der Praxis vorbeigehen".

Der Vorstand der AOK-Bayern, Helmut Platzer, sagte in seinem Festvortrag, innerhalb der Wirtschaftskrise habe sich gezeigt, "wie stabil die Systematik der sozialen Sicherungssysteme den sozialen Frieden macht." Wie wichtig es sei, von Arbeit oder Rente leben zu können, unterstrich der Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der evangelischen Kirche (kda) in Bayern, Johannes Rehm. "Wir brauchen eine Würde der Arbeit", sagte er.

Der bayerische DGB-Vorsitzende Matthias Jena forderte anlässlich der 60-Jahr-Feier der EAG alle Christen auf, "sich aus dem christlichen Glauben heraus, mehr in den aktuellen politischen System einzusetzen". Der frühere evangelische Sozialpfarrer Hans Gerhard Koch betonte zum Abschluss der Tagung, die Vision der alten, "der echten sozialen Marktwirtschaft", brauche Menschen, die für sie kämpfen. Die Zukunft werde sich daran entscheiden, "ob es uns gelingt, das private Profitstreben in Schranken zu halten und ob wir eine vernünftige Balance zwischen öffentlicher Verantwortung und privater Initiative finden."
(01/2928/14.10.2012)

+++

SZ-Redakteur Prantl: "Münchner Insel" ist eine Basis-Station der Demokratie
Beratungsstelle feiert 40-jähriges Bestehen

München (epd). Zum 40-jährigen Bestehen der "Münchner Insel" hat der Journalist Heribert Prantl die ökumenische Krisenberatungsstelle als "Stärkungsraum" in Phasen der Schwäche gewürdigt. "Sie arbeiten mit den Menschen, die bei Ihnen Hilfe suchen, gegen deren Selbst- und Fremdausgrenzung. Das ist nicht nur Sozialarbeit, das ist auch Demokratietarbeit", sagte Prantl, Ressortchef für Innenpolitik und Chefredaktionsmitglied der "Süddeutschen Zeitung", in München. An der Jubiläumsfeier nahmen auch die Münchner evangelische Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler und der emeritierte katholische Weihbischof Engelbert Siebler teil.

In seinem Festvortrag "Haltung ist das, was Halt gibt. Welche Werte eine Stadtgesellschaft braucht" sagte Prantl weiter, eine Stadt könne nur dann lebendig werden, wenn die Verantwortung füreinander spürbar ist. "Eine Stadtgesellschaft braucht Gemeinsamkeit, sie braucht das Miteinander und das Füreinander - sonst ist sie keine Gesellschaft, sondern ein Egoisten-Konglomerat, eine Vereinzelungs-Apparatur." Notwendig sei daher ein Bündnis ideenreichen, zeitreichen und geldreichen Menschen. "Es kann den Sozialstaat nicht ersetzen, aber bereichern. Dann entsteht eine lebendige Demokratie, eine lebendige Stadtgesellschaft."

Breit-Keßler betonte in einer Vesper die Notwendigkeit von Zivilcourage und von Verantwortungsbewusstsein in der Gesellschaft. Sie würdigte auch die Arbeit der "Münchner Insel": "Es braucht eine hellwache Aufmerksamkeit wie die Ihre, um wahrzunehmen, wer welche Hilfe braucht. Sie kümmern sich so um Menschen, dass sie wieder ins Leben starten können." Ohne das christliche Menschenbild und seine humanen Handlungsfolgen werde die Gesellschaft auf Dauer gesehen in die Knie gehen, mahnte die Theologin

Am 20. April 1972 wurde die "Münchner Insel" im Untergeschoss des Marienplatzes mit einem Gottesdienst feierlich eingeweiht. Seitdem bietet sie anonyme und kostenlose Unterstützung in Krisen-, Glaubens- und Lebensfragen. Neben katholischen und evangelischen Theologen und Seelsorgern bieten auch Psychologen, Sozialpädagogen, Familien- und Psychotherapeuten sowie eine Juristin Beratung an. Im Sommer 2012 zog das neunköpfige Beratungsteam wegen Sanierungsarbeiten in einen Holzbau neben der Heilig-Geist-Kirche am Viktualienmarkt. (00/2889/11.10.2012)

+++

Bundesweiter Protestmarsch der Flüchtlinge endet mit Kundgebung am Bundestag

Berlin, Würzburg (epd). Nach einem mehrwöchigen Flüchtlings-Protestmarsch durch Deutschland haben in Berlin mehrere tausend Menschen mehr Rechte für Asylbewerber gefordert. Die Demonstration von einem Protestcamp in Kreuzberg zum Bundestag war der Abschluss zahlreicher Aktionen in mehreren Bundesländern in den vergangenen Wochen. Der mehr als 500 Kilometer lange Fußmarsch der Flüchtlinge durch sechs Bundesländer hatte am 8. September in Würzburg begonnen und am 5. Oktober Berlin erreicht.

Die Flüchtlinge und ihre Unterstützer forderten unter anderem eine Aufhebung von Arbeitsverboten und der Residenzpflicht für Asylbewerber. Die Polizei sprach von rund 3.500, die Veranstalter von rund 5.000 Demonstrationsteilnehmern in Berlin.

Dort campieren mehrere Asylbewerber wiederum wie schon in zuvor in anderen Städten auch in Zelten. Die Proteste richten sich auch gegen Einschränkungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz und gegen die Unterbringung in Wohnheimen und lagerähnlichen Einrichtungen.

In Würzburg hatten Flüchtlinge in den zurückliegenden Monaten bereits mehrfach unter anderem mit Hungerstreiks und zugenähten Lippen gegen ihre Lebensbedingungen protestiert. Der Protestmarsch führte von Bayern aus durch Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg nach Berlin und wurde von einer Bustour begleitet, die zum Teil durch andere Bundesländer führte. Zahlreiche Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl unterstützten die Proteste. (01/2931/14.10.2012)

+++

Neue feste Unterkünfte in Zirndorf wohl nicht mehr in diesem Jahr

Zirndorf (epd). Unterstützer der Asylbewerber in Zirndorf (Landkreis Fürth) befürchten, dass für die Flüchtlinge im überfüllten zentralen Aufnahmelager in diesem Jahr keine neuen festen Unterkünfte mehr gebaut werden. Wie der evangelische Diakon Erwin Bartsch von der Asylgruppe St. Rochus in Zirndorf dem Evangelischen Pressedienst (epd) sagte, erwarte er nicht, dass die mobilen Container vor Januar entstehen können. "Der Winter in Zirndorf darf erst im nächsten Jahr beginnen", so Bartsch. Er sei entsetzt, dass er aus der Lokalzeitung erfahren habe, dass noch kein offizieller Auftrag für die versprochenen Container erteilt worden sei.

"Ich habe den Eindruck, dass es an der Ernsthaftigkeit fehlt, die versprochenen mobilen Wohneinheiten vor dem Winter anzuschaffen", sagte Bartsch. "Man hat vielleicht gepokert, dass die Zahlen der Flüchtlinge zurückgehen". Dies aber sei ein "riskantes Spiel", sagte der Diakon. Der Aufbau der mobilen Einheiten dauere rund vier Monate, wird ein Experte im Bericht der "Fürther Nachrichten" zitiert.

Das Zentrale Aufnahmelager für Flüchtlinge im mittelfränkischen Zirndorf platzt derzeit aus allen Nähten. Die Situation sei noch nie so schlimm gewesen, sagte kürzlich der Leiter der Einrichtung, Robert Dirrigl. Selbst Deutschunterricht für die Flüchtlinge könne derzeit wegen Platzmangels nicht stattfinden.

In der für 500 bis 550 Personen ausgelegten Aufnahmeeinrichtung in Zirndorf sind nach Auskunft der Regierung von Mittelfranken und der Sozialstelle der Einrichtung derzeit 750 bis 800 Männer, Frauen und Kinder untergebracht. Neuankömmlinge schlafen auf Matratzenlagern auf dem Boden unter anderem in der katholischen Kapelle. Auch der Gebetsraum der Muslime ist wieder zum Schlafsaal umfunktioniert.

Die Cafeteria werde auch als Schlafraum genutzt, berichtete Diakon Bartsch. Familien, die mit Kindern in den Notunterkünften übernachteten müssten, hätten nur Feldbetten, keine Tische und Stühle und müssten in den Wohnblocks die sanitären Anlagen anderer Familien mitbenutzen. Besonders belastend sei der Lärm der Dieselmotoren, mit denen die Heizungen in den Zelten betrieben würden.

Die Asylgruppe St. Rochus, das Diakonische Werk in Schwabach, die Kirchengemeinde Zirndorf und die "Rummelsberger Dienste für junge Menschen" fordern seit langem gemeinsam, die Unterbringungskapazitäten in Zirndorf auszuweiten. Außerdem müssten mehr sanitäre Einrichtungen und Kochmöglichkeiten geschaffen werden. (01/2925/13.10.2012)

+++

Grüne fordern zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge

München (epd). Eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Bayern hat die Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" im bayerischen Landtag gefordert. Die bestehende Einrichtung in Zirndorf bei Nürnberg sei mit rund 750 Personen "vollkommen überbelegt". Die zweite Erstaufnahme in München sei "baulich inakzeptabel". Sie stehe seit Jahren "massiv in der Kritik", heißt es in dem Antrag. Mit einer dritten Einrichtung könnten neue Standards in der Betreuung von Flüchtlingen verwirklicht werden.

In einem weiteren Antrag zur bayerischen Asylpolitik fordern die Grünen die Staatsregierung auf, "unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation in den überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen zu entzerren und für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylsuchenden zu sorgen". Das Verwaltungs- und Betreuungspersonal sei "völlig überfordert". Ein dritter Antrag der Oppositionspartei warnt vor finanziellen "Taschenspielertricks auf Kosten der Asylbewerber". Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Übergangsregelung des Bundesverfassungsgerichts zum sogenannten Taschengeld für Asylbewerber "in vollem Umfang umzusetzen".

Der Sozialausschuss des bayerischen Landtags, dem die Anträge am Donnerstag zur Beratung vorlagen, vertagte die Eingaben, da die Beratung anderer Themen zu viel Zeit in Anspruch genommen hatte. Sie sollen nun auf einer Sondersitzung beraten werden. (01/2896/11.10.2012)

+++

Ungarische und bayerische Protestanten wollen an Europa mitbauen

Intensive Kirchenpartnerschaft mit Andachten und Gulasch in Nürnberg gefeiert

Nürnberg (epd). Der Sozialarbeiter Mátyás Pásztor rührt mit seinem einen Meter langen Kochlöffel in einem von drei großen Gulasch-Töpfen. Zu Hause im ost-ungarischen Szarvas kocht er Gulasch mit Kraut oder Bohnen für Menschen, die auf der Straße leben, erzählt der Mann aus Szarvas. 2.000 Portionen werden da oft gebraucht. Pásztor und sein Team servierten im Hof der Wilhelm-Löhe-Schule in Nürnberg ihren heißen Eintopf bayerischen Gastgebern und den ungarischen Gästen.

Mehr als 600 Männer, Frauen und Kinder aus ungarischen evangelischen Gemeinden waren bis Sonntag in Nürnberg, um dort mit ihren bayerischen evangelischen Freunden das 20-jährige Bestehen der Kirchenpartnerschaft zu begehen. Sie hatten Wein mitgebracht, die Franken schenkten ihr einheimisches Bier aus. Es gab folkloristische Musik, ein Oktoberfest, Workshops und auch Spiel und Sport standen auf dem Programm, um die "20 Jahre gemeinsam in BewEGung" zu feiern, so das Motto.

"Die intensivste Partnerschaft, die die bayerische evangelische Landeskirche hat", so beschrieb der für Partnerschaften zuständige Oberkirchenrat Michael Martin die Beziehung. Aus bescheidenen Anfängen sei "eine Freundschaft geworden, die in alle Ebenen unserer Kirchen hineinverwoben ist", hob er hervor. Das Vertrauen untereinander sei "unglaublich", so dass die Partner auch schwierige Themen miteinander besprechen könnten.

Bei der Andacht zu Beginn der Begegnung war die St. Sebaldkirche sehr gut gefüllt. Beim Festgottesdienst am Sonntag war hier kein einziger Platz mehr zu bekommen. Der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm rief in seiner Predigt deutsche und ungarische Christen dazu auf, ein freies und geeintes Europa mit zu gestalten, dessen Bereitschaft zur Solidarität nicht an den Grenzen einzelner Staaten ende "und über die Grenzen Europas hinausreicht."

Vertreter der Kirchenleitungen wie der leitende Bischof der ungarischen Kirche Péter Gáncs hatten beim Festakt am Samstag in der Löhe-Schule auf die Tiefe der Partnerschaft hingewiesen. Man blickte auch zurück auf die Anfänge der Beziehung, die zunächst eine materielle Unterstützung der Bayern war. Autospenden und finanzielle Unterstützung beim Bau neuer Kirchen waren die konkreten Hilfen aus Bayern. Auch heute gibt es noch regelmäßige Gelder.

Davon hat das Projekt von András Sztojanovics profitiert, dessen Gemeinde in Sarepta eine Heim für behinderte Menschen und pflegebedürftige Senioren unterhält. 100.000 Euro Zuschuss hat er aus Bayern für den Kauf eines Grundstücks bekommen, damit ein neues Haus für die behinderten Menschen entstehen kann, erzählt er. Das ist nötig, weil noch immer dort die Bewohner in Neun- oder Zehn-Bettzimmer untergekommen. Er stellte sein Vorhaben in der Löhe-Schule an einem Informationsstand vor.

Intensive Beziehungen haben sich auch über die evangelische Schulstiftung zwischen den pädagogischen Einrichtungen weiter entwickelt. Mehr als 250 Schüler aus Ungarn waren am Wochenende dabei, darunter natürlich auch die Freunde der Löhe-Schüler. Die achten bis elften Klassen fahren regelmäßig nach Budapest ans Fasor-Gymnasium. Die Jugendlichen arbeiten auch grenzüberschreitend an wissenschaftlichen Projekten, die sie vorstellten.

Es gibt auch Gemeindeverbindungen wie die der Nürnberger Gemeinde St. Sebald, die schon länger als 20 Jahre mit der Burggemeinde in Budapest verbunden ist. Auch Pfarrfrauen aus Bayern und Ungarn oder Kindergartenmitarbeiterinnen, Chorsänger und Pfarrer nutzten die Begegnungsabende zu Wiedersehen.

Zurück bleibt in Nürnberg nach der großen Feier ein Ochse aus rotem Sandstein, der sich über neue Hörner freuen kann. Das seit langem hornlose Tier auf dem "Ochsenportal" der 1598 vollendeten Brücke über die Pegnitz erhielt von der ungarischen Delegation die echten Hörner eines ungarischen Steppenrinds.
(01/2932/14.10.2012)

+++

Erste Ideen für Katholikentag 2014 in Regensburg

Regensburg (epd). Die Vorbereitungen für den 99. Katholikentag 2014 in Regensburg gehen weiter voran. Bei vier Regionaltreffen in Cham, Dingolfing, Weiden und Regensburg informierte eine Arbeitsgruppe des Bistums die Pfarrer, Pfarrgemeinderäte, Verbände, Geistliche Gemeinschaften und Jugendgruppen über das Laientreffen. Etwa 450 Menschen hätten ihre Ideen dazu ausgetauscht, teilte die bischöfliche Pressestelle mit. Zum Katholikentag vom 28. Mai bis 1. Juni 2014 werden etwa 80.000 Teilnehmer in der oberpfälzischen Domstadt erwartet.

Über das Leitwort will das Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) Ende dieses Monats Oktober entscheiden. Das ZdK veranstaltet in der Regel alle zwei Jahre an wechselnden Orten einen Katholikentag.

Erstmals seit 30 Jahren wird den Angaben zufolge ein bayerisches Bistum wieder Gastgeber sein. Der letzte Katholikentag in Bayern fand 1984 in München statt. Neben Glaubensfragen und Gottesdiensten sollen die Besucher die Vielfalt der Diözese Regensburg kennenlernen, hieß es. In dem flächenmäßig größten Bistum Bayerns leben rund 1,2 Millionen katholische Christen in Gebieten von Oberpfalz und Niederbayern, sowie in kleineren Teilen von Oberfranken und Oberbayern. Der Bischofssitz ist seit Juli vakant, nachdem Papst Benedikt XVI. den Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller zum neuen Präfekten der Glaubenskongregation im Vatikan ernannt hatte. Regensburg richtete bereits zweimal den Katholikentag aus: 1849 und 1904. (01/2903/11.10.2012)

+++

Gedenkgottesdienst für im KZ Dachau inhaftierte Frauen

Dachau (epd). An die im Konzentrationslager Dachau inhaftierten Frauen ist bei einem Gedenkgottesdienst in der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte erinnert worden. Anlass war der 70. Jahrestag der Verschleppung der ersten Frauen in das KZ Dachau, wie Pfarrer Björn Mensing, Landeskirchlicher Beauftragter für evangelische Gedenkstättenarbeit, mitteilte.

Am 13. Oktober 1942 waren nach seinen Angaben vier weibliche Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück nach Dachau verlegt, um sie für pseudomedizinische Versuche zu missbrauchen. Bis Ende April 1945 deportierten die Nationalsozialisten insgesamt fast 18.000 Frauen ins KZ Dachau und dessen Außenlager, unter ihnen mehr als 5.000 jüdische Frauen aus Ungarn.

In dem Gedenkgottesdienst mit Zeitzeugen und Angehörigen von KZ-Häftlingen predigte die Münchner Regionalbischof Susanne Breit-Keßler. Außerdem wurde eine Videobotschaft von der 90-jährigen Miriam Rosenthal aus Toronto eingespielt. Sie war 1944 von den Nazis aus Komárno, dem Zentrum der ungarischen Minderheit in der Slowakei, über Auschwitz in das Dachauer Außenlager Augsburg-Michelwerke und später nach Kaufering I verschleppt worden. (01/2935/14.10.2012)

+++

Länder fordern vom Bund mehr Mittel für Erhalt der Gräber von NS-Opfern

München, Berlin (epd). Die Länder fordern vom Bund mehr Engagement beim Erhalt der Gräber von NS-Opfern. Der Bundesrat stimmte für einen Entschließungsantrag aus Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen, der vor allem die noch nicht geschützten Gräber einst verfolgter Sinti und Roma im Blick hatte. Durch die im Antrag vorgeschlagene Aufhebung des bisher gültigen Stichtags könnten aber auch andere Opfergruppen betroffen sein.

Der Dachverband der Sinti und Roma in Deutschland schätzt, dass vor allem in den Ländern der alten Bundesrepublik zwischen 2.000 und 3.000 Gräber Vertretern der Minderheit zuzuordnen sind, die während der NS-Gewaltherrschaft verfolgt wurden. Darunter sind auch Grabstätten, die vom Gräbergesetz nicht umfasst werden, weil sie nach 1952 Gestorbene betreffen. Nach dem Gesetz können Grabstätten nur dann als Grab eines NS-Opfers anerkannt werden, wenn die Person bis zum 31. März 1953 gestorben ist.

Der Antrag der Länder schlägt vor, Gräber NS-verfolgter Sinti und Roma unabhängig vom Stichtag unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Dabei wird aber auch betont, dass aus Gründen der Gleichbehandlung bei einer Neuregelung alle Opfergruppen berücksichtigt werden müssten. Das Bundesfamilienministerium, das für die Kriegsgräberfürsorge zuständig ist, äußerte sich dazu skeptisch.

Für die Angehörigen der Sinti und Roma hätten diese Trauerstätten auch geschichtlich eine besondere Bedeutung, hieß es vonseiten des Zentralrats. Viele hätten aber nicht gewusst, dass sie Erhalt und Pflege der Gräber durch öffentliche Mittel beantragen können, zumal die Verfolgung der Minderheit in der NS-Zeit erst seit den späten 70er Jahren ins öffentliche Bewusstsein drang.

Die Mehrkosten für die Pflege der Gräber der Sinti und Roma schätzt der Zentralrat auf eine Summe im unteren sechsstelligen Bereich. Deutschland gibt jährlich 36 Millionen Euro für Gräber von Kriegsgefallenen und NS-Opfern im Inland sowie rund weitere 11,5 Millionen für Stätten im Ausland aus.
(01/2915/12.10.2012)

+++

"Bündnis für Toleranz" verurteilt Antisemitismus

München (epd). Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bayern, Matthias Jena, hat Übergriffe auf Juden in Deutschland scharf verurteilt. Staat und Zivilgesellschaft müssten dagegenhalten, "wenn Jugendliche einen Rabbiner zusammenschlagen und 'Du Jude' auf dem Pausenhof ein gängiges Schimpfwort ist", sagte Jena bei der Plenumsitzung des "Bayerischen Bündnisses für Toleranz" in München. Er fügte an, dass Rechtsextreme zunehmend versuchten gewerkschaftliche Veranstaltungen zu stören und Themenfelder der Gewerkschaften wie etwa die Leiharbeit zu besetzen.

Das Bündnis für Toleranz verurteilte scharf antisemitische und rechtsextremistische Angriffe der vergangenen Monate. Sein Sprecher, der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, sagte, es tue weh, dass antisemitische und rechtsextreme Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft reichten. Sie seien unvereinbar mit dem christlichen Glauben und demokratischen Überzeugungen. Mit Hilfe der vielen Bündnisse gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Bayern werde es aber gelingen, "die Perspektiven eines friedlichen Zusammenlebens zwischen unterschiedlichen Kulturen in den Herzen der Menschen zu verwurzeln", so der Landesbischof.

Als neue Mitglieder begrüßte das Bündnis am Donnerstag die Evangelische Akademie Tutzing, die Katholische Akademie Bayern, die Akademie für Politische Bildung in Tutzing, das Bayerische Rote Kreuz und die Peter-Maffay-Stiftung. Der Geschäftsführer des Bündnisses, Martin Becher, kündigte an, man wolle Anliegen wie Toleranz, Demokratie und Menschenwürde im kommenden Wahljahr gezielt einbringen, "und die Menschen motivieren zur Wahl zu gehen".
(01/2908/11.10.2012)

+++

"Tatort"-Forscherin: Religion in ARD-Krimiserie zumeist humorlos präsentiert

Regensburg, Bad Herrenalb (epd). Im ARD-"Tatort" werden Kirche und Religion weitgehend humorlos präsentiert: Nach Ansicht der Literaturwissenschaftlerin Claudia Stockinger werden in der Krimiserie Themen zu Kirche und Religion zwar ernst genommen. Dabei gelte aber zumeist das Motto "Wo Religion beginnt, endet der Humor", sagte Stockinger in Bad Herrenalb. Dort wurde sie mit dem Preis

der Evangelischen Akademie Baden geehrt. In der öffentlich-rechtlichen Darstellung würden religiöse Bekenntnisse, Verhaltens- oder Lebensweisen erst dann der Lächerlichkeit preisgegeben, "wenn sie sich als esoterisch entlarven lassen."

Die 1970 in Regensburg geborene Wissenschaftlerin nahm die mit 2.000 Euro dotierte Auszeichnung für einen Tagungsbeitrag über "Religion im Tatort" entgegen. Stockinger, die rund 400 Folgen der ARD-Krimiserie auf religiöse Themen und Motive hin untersucht hat, lehrt als Germanistikprofessorin an der Universität Göttingen.

Akademiedirektor Klaus Nagorni sagte, für Stockinger sei der "Grenzbereich zwischen Literatur und Theologie, Dichtung und Glaubensfragen" ein zentrales Forschungsgebiet. Sie habe nachgezeichnet, wie das Thema Religion in den "Tatort"-Filmen im Laufe von 40 Jahren immer stärker an Bedeutung gewonnen habe. Der Bad Herrenalber Akademiepreis wird seit 1992 jährlich für einen hervorragenden Vortrag vergeben. (01/2930/14.10.2012)

(Siehe auch den Korrespondentenbericht am Ende des Dienstes)

+++

Kirchlicher Umweltexperte kritisiert Verlogenheit in Strompreisdebatte

Bad Alexandersbad (epd). In der Diskussion um die Strompreise herrscht nach Auffassung des Sprechers der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der katholischen Bistümer in Deutschland, Mattias Fischer (München), ein großes Maß an "Unehrlichkeit und Verlogenheit". Diese Preisdebatte sei "ein Aufhänger für interessierte Kreise, das Gesamtprojekt Energiewende anzuschließen oder vielleicht sogar zu zerschließen", sagte Fischer in Bad Alexandersbad. Im Evangelischen Bildungszentrum berieten Umweltfachleute aus Kirchen, Verbänden und Kommunen über neue Modelle der Energieproduktion und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung.

Der kirchliche Umweltfachmann befürchtet einen Missbrauch des Arguments, dass sich einkommensschwächere Haushalte aufgrund der Erhöhung der sogenannten EEG-Umlage künftig Strom nur noch schwerer leisten könnten. Dies könne instrumentalisiert werden, "das Anliegen der Energiewende insgesamt zu diskreditieren", sagte Fischer dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Diese Ökostrom-Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien soll Medienberichten zufolge um rund 50 Prozent auf mehr als 6 Cent je Kilowattstunde steigen. Am Montag sollen die Zahlen offiziell bekannt gegeben werden.

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz hat sich nach Worten Fischers bereits im Mai 2011 in einem Grundsatzpapier dafür ausgesprochen, den Umbau des Energieversorgungssystems so zu gestalten, dass keine sozialen Schief lagen entstehen. Grundausrichtung seien ein Abschied von atomaren und fossilen Energien sowie dezentrale Versorgungsstrukturen. Dies könne Impulse für die Volkswirtschaft geben, sagte Fischer. (01/2934/14.10.2012)

+++

21 deutsche Städte werden als 100. Fairtrade-Towns ausgezeichnet

Erlangen, Bad Wörishofen, Köln (epd). Anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens zeichnet die Siegelinitiative Transfair am 20. Oktober gleich 21 Städte als 100. Fairtrade-Town Deutschlands aus. Für ihren Einsatz für den Fairen Handel werden unter anderem Gütersloh, Hamm, Nordwalde, Paderborn und Vlotho geehrt, wie Transfair in Köln ankündigte. Weiter stehen auf der Liste Amtzell, Bad Wörishofen, Biberach, Eckernförde, Eisenach, Erlangen, Göppingen, Heidenheim, Hersbruck, Jena, Kelheim, Lüneburg, Markt Roßtal, Neubiberg, Vaihingen an der Enz und Wertingen.

Um den Titel "Fairtrade-Stadt" zu erhalten, müssen die Kommunen verschiedene Kriterien erfüllen. So müssen Einzelhandels-Geschäfte, Cafés und Restaurants, Schulen und Vereine Fairtrade-Produkte anbieten. Außerdem ist die Einrichtung einer Steuerungsgruppe erforderlich, an der sich Verwaltung, Einzelhandel, Weltläden, Eine-Welt-Gruppen, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen und Vereine sowie Medien beteiligen sollen.

Die Auszeichnungsurkunden werden am 20. Oktober in den jeweiligen Kommunen in Feierstunden übergeben. Bei der Feier in der Lutherkirche in Hamm mit Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann (CDU) stehen unter anderem ein Theaterstück und ein fairer Imbiss auf dem Programm. Im Gemeindezentrum der Erlöserkirche in Bad Wörishofen spielt das Bad Wörishofener Kurorchester. Eine Faire Stadtrallye findet in Erlangen statt. In Heidenheim im Paulusgemeindehaus wird ein Sechs-Gänge-Gala-Menü mit bioregionalen Produkten serviert.

Der Titel "Fairtrade-Stadt" wird für zunächst zwei Jahre vergeben, dann werden die Kriterien erneut überprüft. Weltweit gibt es mehr als 1.100 Fairtrade-Towns in 23 Ländern. (01/2901/11.10.2012)

+++

Protest mit Kochtöpfen gegen Nahrungsmittelspekulation

Nürnberg (epd). Mit leeren Kochtöpfen und Kochlöffeln wollen am Welternährungstag (16. Oktober) Menschen in Nürnberg vor der Deutschen Bank Alarm schlagen. Wie das Partnerschaftszentrum der bayerischen Landeskirche, "Mission EineWelt", mitteilte, ruft es zu einem Flashmob unter dem Motto "Mit Essen zockt man nicht" auf.

"Es ist sprichwörtlich fünf vor zwölf, endlich aus dem Hunger kein Kapital mehr zu schlagen", warnen Jürgen Bergmann, Leiter des Referats "Entwicklung und Politik" bei "Mission EineWelt", und Direktor Peter Weigand. Sie fordern politische Regulierungen für die Rohstoffmärkte. Ansonsten drohten größere Hungerkatastrophen als bisher.

Der Protest richte sich gegen Nahrungsmittelspekulation, Landgrabbing und Agrarfonds, wie sie viele Investmentbanken wie auch die Deutsche Bank betrieben, teilte "Mission EineWelt" mit. Durch Wetten auf die Preisentwicklung von Agrarrohstoffen wie Mais oder Weizen trieben Banken und Agrarfonds die Nahrungsmittelpreise in die Höhe. Dies bedeute für Millionen Menschen in südlichen Ländern ein Leben in Hunger und Armut. (01/2916/12.10.2012)

+++

Steuergelder auch fürs Militär: Friedensaktivist scheitert mit Klage

Nürnberg (epd). Das Finanzgericht Nürnberg hat die Klage eines Friedensaktivisten abgewiesen, der vom Finanzamt verlangt hatte, dass seine Steuern nicht für militärische Zwecke verwendet werden. Er könne dies beim besten Willen nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, hatte der Nürnberger Bernhard Vetter argumentiert. Er sehe seine Grundrechte verletzt, sagte das Mitglied von "pax christi".

Der fünfte Senat des Finanzgerichts unter Vorsitz von Richter Anton Raab entschied, es liege nicht in der Kompetenz des Finanzgerichts, "die Abgabenordnung zu ändern". Der Kläger müsse sich an die Politiker wenden, die über die Verwendung der Steuergelder entscheiden.

Eine Revision beim Bundesfinanzhof werde nicht zugelassen, weil "nicht erkennbar ist, dass diese Frage von einem anderen Gericht anders behandelt wird", begründete Richter Raab die Entscheidung. Am Donnerstag (11. Oktober) findet ein ähnlicher Prozess eines weiteren Friedensaktivisten ebenfalls vor dem Nürnberger Finanzgericht statt. (01/2882/10.10.2012)

(Siehe auch den Korrespondentenbericht am Ende des Dienstes)

+++

Sportangebot für muslimische Frauen erhält Integrationspreis

Würzburg (epd). Der Verein TuS Aschaffenburg-Damm erhält für seine Sportangebote für Frauen mit Migrationshintergrund in diesem Jahr den Unterfränkischen Integrationspreis. Bei der TuS gebe es zwar schon lange Sportangebote nur für Frauen, vor einigen Jahren aber bot der Verein speziell Kurse für Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus dem muslimischen Kulturkreis an, teilte die preisverleihende Regierung von Unterfranken mit. Damit habe der Verein diesen Frauen eine "neue Erlebnisdimension" ermöglicht. Der Preis ist mit 2.500 Euro dotiert.

Den mit 1.500 Euro dotierten zweiten Preis erhält der Ortsverein Lohr der Arbeiterwohlfahrt für seine Begegnungsstätte für Jung und Alt. Zugleich startete der Ortsverein eine Hausaufgabenbetreuung und 2005 eine Mittagsbetreuung für Kinder berufstätiger Eltern. Der dritte, mit 1.000 Euro dotierte Integrationspreis, geht an das Projekt "Mentor - Die Leselernhelfer Schweinfurt". Ehrenamtliche Mentoren helfen dort Kindern und Jugendlichen zwischen acht und 16 Jahren dabei, Zugang zum Lesen zu finden. (00/2905/11.10.2012)

+++

Im neuen Kinderhaus werden Talente gefördert

Nürnberg (epd). Die Rummelsberger Diakonie hat offiziell ihr "RTL-Kinderhaus" in der Nürnberger Südstadt eingeweiht. Wenn es komplett belegt ist, können 116 Buben und Mädchen die Krippe und den Kindergarten besuchen, sagte Kinderhaus-Leiterin Andrea Hawel dem Evangelischen Pressedienst (epd). Aus insgesamt 41 Nationen kommen Kinder und ihre Eltern in die Einrichtung, die in einem sozialen Brennpunkt errichtet wurde.

Das Haus ist nach einem Konzept "Planen und Bauen für Geborgenheit" errichtet, erklärte Hawel. In den Räumen wollen die 15 Erzieherinnen und Erzieher Neugierde und Interesse bei den Kindern wecken und die Talente der Kleinen fördern.

Es gibt spezielle Räume für Rollenspiel, Musik, Experimentieren und Bauen. Die Eltern und Familien werden einbezogen und können jederzeit kommen. Für sie gibt es ein Café.

Das Projekt hat rund 2,6 Millionen Euro gekostet, sagte der Vorstandsvorsitzende der Rummelsberger Diakonie, Günter Breitenbach. 1,6 Millionen Euro kamen von der Stadt Nürnberg, 700.000 Euro steuerten das Unternehmerehepaar Thomas Sabo und Luz Enith, die Fans der Nürnberger "Thomas Sabo Ice Tigers" bei diversen Aktionen und die RTL-Stiftung bei. Breitenbach hob auch die zahlreichen kleineren Spielzeugspenden aus der Nachbarschaft für das Kinderhaus hervor.

In dem Haus könne die Rummelsberger Diakonie Kinder von klein auf einzeln fördern und die Sprache in den Mittelpunkt stellen, sagte Breitenbach. Die Rummelsberger widmen sich seit über 100 Jahren Kindern und Jugendlichen. An 15 Standorten in Bayern werden laut Diakoniewerk täglich etwa 1.700 junge Menschen betreut und beraten. (01/2936/14.10.2012)

+++

Oberfranken wird Modellregion für "Philosophieren mit Kindern"

Bayreuth, Bad Alexandersbad (epd). Mit dem bundesweit ersten flächendeckenden Projekt "Philosophieren mit Kindern" will Oberfranken neue Schwerpunkte in Schulen und Kindertagesstätten setzen. Bis 2014 sollen im Regierungsbezirk rund 300 Lehrkräfte und Erzieherinnen in "philosophischer Gesprächsführung" ausgebildet werden, um die soziale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Die ersten 28 Teilnehmer dieses Lehrgangs bekamen im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrums Alexandersbad ihre Zertifikate. Eingebettet ist das Projekt in die Aktion "Familienfreundliches Oberfranken".

"Es geht nicht darum, den Kindern Kant, Hegel oder Sloterdijk beizubringen, sondern um die existenziellen Fragen, die schon jedes Kind hat", erklärt Klemens M. Brosig (Bayreuth), der als Leiter der Schulabteilung der Regierung von Oberfranken das Projekt begleitet. Ziel sei eine "Kultur der Kommunikation", in der Kinder und Jugendliche von 3 bis 20 Jahren beispielsweise lernen, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen und dazu eigene Ideen und einen eigenen Standpunkt zu formulieren. Zugleich könne damit ein Beitrag zur Gewaltprävention geleistet werden, findet Oberfrankens Regierungspräsident Wilhelm Wenning: "Unsere Schüler sollen das Selbstbewusstsein entwickeln, ihre eigene Meinung mit Worten und nicht mit Fäusten zu vertreten."

Für das Modellprojekt hat sich die Regierung von Oberfranken mit der 2004 eröffneten "Akademie Kinder philosophieren" im Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft und dem Lehrstuhl für Schulpädagogik der Universität Bayreuth zusammengeschlossen. Einzigartig an dem oberfränkischen Projekt ist laut Brosig, dass es nicht auf einzelne Einrichtungen begrenzt sei: Langfristig solle versucht werden, "das ganze System" der Erziehung in Oberfranken einzubinden. Die Kosten werden mit 426.000 Euro beziffert, finanziert wird es unter anderem mit Mitteln der Oberfrankenstiftung und des Raiffeisenverbandes. (01/2879/10.10.2012)

+++

Von PersonenAndrea Borger auf zweite Gemeindepfarrstelle gewählt

München (epd). Für das Nichtgedeihlichkeitsverfahren gegen die Münchner Dekanin Andrea Borger ist ein Ende in Sicht. Die 51-jährige Theologin wurde vom Kirchenvorstand der Himmelfahrtskirche in München-Sendling auf die zweite Pfarrstelle der Gemeinde gewählt, wie das Landeskirchenamt dem epd bestätigte. Vorher war Borger erste Pfarrerin der Gemeinde und in dieser Funktion auch Dekanin für das Prodekanat München-Süd. Von ihrem Amt als Dekanin war Borger im November 2011 im Rahmen eines kirchlichen Nichtgedeihlichkeitsverfahren freigestellt worden.

Das Verfahren war eingeleitet worden, weil der Prodekanatsausschuss als ein Leitungsgremium in dem Kirchenbezirk "erhebliche Kritik an der Amtsführung der Dekanin" geäußert hatte. Eine Initiative aus der Himmelfahrtsgemeinde, die rund 7.500 Mitglieder hat, forderte, dass Borger als erste Pfarrerin der Gemeinde im Amt bleiben solle.

Mit dem Wechsel der Dekanin auf die zweite Pfarrstelle und der damit verbundenen Aufgabe des Dekanatsamtes werde auch das Nichtgedeihlichkeitsverfahren gegenstandslos, sagte Kirchensprecher Michael Mädler dem epd. Das Verfahren könne jedoch erst dann beendet werden, wenn Borger durch den formalen Akt der "Installation" offiziell ihr Amt als zweite Pfarrerin angetreten habe. Das könne noch einige Monate dauern. Wie das Dekanat München am Donnerstag mitteilte, wird der frühere Dekan Manfred Jahnel (75) "bis auf Weiteres" alle Dekansfunktionen im Prodekanat München-Süd übernehmen.

Das Prodekanat München-Süd umfasst elf Gemeinden mit rund 46.000 evangelischen Christen. (01/2909/11.10.212)

+++

Regensburger "Tatort"-Forscherin erhält Herrenalber Akademiepreis

Regensburg, Bad Herrenalb, Göttingen (epd). Die "Tatort"-Forscherin und Literaturwissenschaftsprofessorin Claudia Stockinger hat in Bad Herrenalb den Preis der Evangelischen Akademie Baden erhalten. Die 1970 in Regensburg geborene Wissenschaftlerin wird die mit 2.000 Euro dotierte Auszeichnung für einen Tagungsbeitrag über "Religion im Tatort" entgegennehmen, wie die Akademie mitteilte.

Stockinger ist Teilprojektleiterin einer Gruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die sich mit "Formen und Verfahren der Serialität in der ARD-Reihe Tatort" auseinandersetzt. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind den Angaben zufolge die Literatur und der Literaturbetrieb der Gegenwart sowie das Verhältnis von Literatur und Religion. Stockinger lehrt als Professorin für Deutsche Philologie und Neuere deutsche Literatur an der Universität Göttingen. Zuvor war sie unter anderem am Karlsruher Institut für Literaturwissenschaft tätig.

Die Wissenschaftlerin erhält den Preis für ihren Beitrag "Religion im Tatort", den sie zur Akademietagung "Der Tatort als Mentalitätsgeschichte der BRD" gehalten hatte. Im Rahmen der Preisverleihung wird sie über das Thema Komik und Religion in der ARD-Reihe "Tatort" sprechen. Die Preisverleihung wird von der Vorsitzenden des Freundeskreises der Evangelischen Akademie Baden, Professorin Sabine Liebig (Karlsruhe), eröffnet. Die Laudatio hält der frühere Akademiedirektor Jan Badewien (Überlingen).

Der Herrenalber Akademiepreis wird seit 1992 jährlich vom Freundeskreis der Evangelischen Akademie Baden in Bad Herrenalb für einen hervorragenden Vortrag an der Akademie vergeben. Im vergangenen Jahr wurde die Darmstädter Professorin für Theoretische Physik, Barbara Drossel, ausgezeichnet, im Jahr davor der Bonner Sozialethiker und Theologe Hartmut Kreß. (01/2890/11.10.2012)

(Siehe auch den Korrespondentenbericht am Ende des Dienstes)

+++

Kirchenmusik darf nicht kaputt gespart werden

"Stiftung Kirchenmusik Ansbach" soll noch in diesem Jahr gegründet werden

Ansbach (epd). Langsam aber sicher kommen die Initiatoren ihrem Ziel näher, das nötige Kapital von 51.000 Euro für die Gründung einer "Stiftung Kirchenmusik Ansbach" zusammenzubekommen. Rund 18.000 Euro fehlen noch. Der Ansbacher Kirchenmusikdirektor Rainer Goede ist zuversichtlich, dass die Summe bis Jahresende erreicht ist und die Stiftung gegründet werden kann, um die kirchenmusikalische Arbeit in Ansbach zu sichern und zu fördern. Am 14. Oktober gab Goede in St. Gumbertus in Ansbach um 17 Uhr ein besonderes Konzert: Er spielte an der Wiegleb-Orgel das, was sich die bisherigen Stifter und Förderer wünschen. Mit Rainer Goede sprach Diane Mayer (epd).

epd: Herr Goede, Sie hatten die Idee zur Stiftung Kirchenmusik. Wie sind Sie darauf gekommen?

Goede: Ich habe vor zwei Jahren auf der Werkwoche der bayerischen Kirchenmusiker einen Vortrag über Stiftungen gehört. Nachdem die öffentlichen Mittel, vor allem die der Landeskirche, zurückgehen, habe ich mir gedacht, dass wir diesen Rückgang irgendwie auffangen müssen, damit die Musik vor Ort auch weiter erklingen kann. Es ist eigentlich nicht mein Beruf, mich um Geld zu kümmern, aber die Landeskirche hat mit sich selbst und mit anderen Problemen genug zu tun. Deswegen gehört heute zu meinem Beruf auch Fundraising.

epd: Ohne Stiftung könnten Sie in Zukunft also kein so vielfältiges kirchenmusikalisches Programm mehr auf die Beine stellen?

Goede: Die Verantwortlichen in unserer Gesamtkirchengemeinde müssen schauen, dass sie mit den Geldern zurechtkommen. Es ist zwar so, dass sie nicht in die Programmatik der Kirchenmusik hineinfunkeln dürfen. Aber finanzielle Sorgen, wenn sie nach unten durchgereicht werden - was die Landeskirche gerne macht - bereiten natürlich Schwierigkeiten. Ansbach hat eine äußerst traditionell geprägte Kirchenmusik, die in Bayern eine besondere Rolle einnimmt. Da kann man nicht einfach sagen, jetzt ist kein Geld mehr da, deswegen fahren wir das zurück. Das geht nicht.

epd: Nehmen wir ein Konzert aus Ihrem aktuellen Programm - was kostet das?

Goede: Das Requiem von Antonín Dvořák am 24. November zum Beispiel benötigt ein großes Orchester, Solisten und natürlich unsere Chöre. Die Chöre und der Dirigent bekommen kein Honorar, aber alle Anderen. Das sind Profis, die leben davon. Ich bin der Letzte, der an den Honoraren knapsen möchte. Man muss es einfach anerkennen und diesen Beruf auch anständig vergüten. So ein großes Konzert kostet entsprechend viel, das ist es wert - und darum müssen die Mittel einfach aufgebracht werden. (01/2888/11.10.2012)

+++

Sprechende Haushaltsgeräte

Drei Fragen an: Martina Lerch, Hilfsmittelberaterin des BBSB

München (epd). Bis zum 15. Oktober findet noch die elfte bundesweite Woche des Sehens unter dem Motto "Wir sehen uns!" statt. Der Bayerische Blinden- und Sehbehindertenbund (BBSB) stellt währenddessen eine Reihe von Produkten vor, die blinden und sehbehinderten Menschen helfen sollen, ihren Alltag zu bewältigen. "Geräte des täglichen Gebrauchs, wie etwa Fernseher oder Waschmaschinen, stellen für Menschen mit Seheinschränkung oft ein großes Problem dar", sagt die BBSB-Hilfsmittelberaterin Martina Lerch. Das Leben erleichtern können sprechende Geräte. Mit Martina Lerch sprach Erdmuth Meussling (epd).

epd: Frau Lerch, welches sind die größten Hürden, die ein blinder oder sehbehinderter Mensch jeden Tag bewältigen muss?

Martina Lerch: Die Grenzen für die Hürden im Alltag können ganz unterschiedlich sein. Eine große Herausforderung ist die Orientierung im Umfeld. Der Weg zur Arbeit oder der Einkauf im Supermarkt können sich als besonders schwierig gestalten, da man ja zum Beispiel nicht einmal die Sonderangebote sieht. Auch Waschmaschinen sind ein großes Problem. Wenn der Schalter - wie üblich nicht hörbar einrastet - weiß man nicht, bei welcher Temperatur man wäscht. Viele Sachen müssen nach einer Erblindung neu erlernt werden, andere gehen gar nicht mehr wie Auto- oder Fahrradfahren. Sehbehinderung und Blindheit wirken sich vor allem bei der Informationsbeschaffung und bei der Mobilität aus.

epd: Als Hilfsmittelberaterin testen Sie verschiedenste Gegenstände auf ihre Fähigkeit, Blinden und Sehbehinderten zu helfen. Welche Geräte können denn schon sprechen und wie helfen sie den Betroffenen?

Lerch: Es gibt verschiedene Hilfsmittel, die über eine Sprachausgabe verfügen. Man unterscheidet zwischen Geräten, die eigens für blinde und sehbehinderte Menschen produziert werden, und Produkten, die nicht primär für Menschen mit Seheinschränkung hergestellt worden sind, aber sich für die Benutzung eignen, da die Bedienungshilfe im Gerät integriert ist. Dazu zählt zum Beispiel das iPhone oder das iPad. Speziell hergestellte Produkte sind zum Beispiel ein Farberkennungsgerät zur Hilfe bei der Kleiderwahl oder der Daisy-Player, mit dem man Hörbücher oder Audio-CDs abspielen kann.

epd: Ist nach Ihrer Einschätzung ein völlig selbstständiges Leben für einen blinden oder sehbehinderten Menschen dank der bisher produzierten Hilfsmittel möglich?

Lerch: Viele blinde und sehbehinderte Menschen leben selbstständig und führen ihren eigenen Haushalt. Selbstständig heißt jedoch auch, dass sie nicht ohne fremde Hilfe auskommen. Es gibt zweifellos viele Hilfsmittel, die das Leben erleichtern, doch die Augen ersetzen können sie nicht. Dennoch: Wenn alle technischen Geräte gleich so konzipiert würden, dass sie für blinde und sehbehinderte Menschen geeignet wären, könnte das Leben mit seinen Hürden viel leichter sein. (01/2911/12.10.2012)

+++

Die "Zeitschenker"

Ehrenamtlicher Besuchsdienst der Regensburger Diakonie gewinnt Diakonie-Wettbewerb

Von Peter Themessl (epd)

Regensburg, Nürnberg (epd). Gerald hat stundenlang nur geschwiegen. Alois (Namen geändert) traute sich nicht aus dem Haus. Die Menschen mit psychischen Problemen, denen die ehrenamtlichen Besucher der Regensburger Einzelbürgerhilfe regelmäßig ein paar Stunden ihrer Zeit schenken, haben ganz unterschiedliche Eigenheiten und Bedürfnisse. Für seinen Besuchsdienst hat der Sozialpsychiatrische Dienst des Diakonischen Werkes Regensburg am Mittwoch in Nürnberg den ersten Preis beim diesjährigen Wettbewerb der Diakonie in Bayern erhalten.

"Die Ehrenamtlichen nehmen diese ganz besonderen psychischen Situationen der Erkrankten wahr" und seien bereit, sich intensiv mit den Problemen auseinanderzusetzen, begründete die Jury ihre Entscheidung für dieses Projekt. Als "Zeitschenker" pflegen sie oft über Jahre hinweg den Kontakt zu psychisch kranken Menschen. Dies sei "eine ganz besondere Qualität" dieser zwölf ehrenamtlichen Besucher.

Meist ist es Christina Strehl vom Sozialpsychiatrischen Dienst der Regensburger Diakonie, die den Kontakt zwischen Besuchern und Klienten, wie die "Besuchten" genannt werden, vermittelt. "Dann treffen wir uns und schauen, ob es passt", erzählt Iris Krimm. Sie arbeitet seit 20 Jahren bei der Berufsfeuerwehr in Regensburg. "Da geht es oft nur zack, zack. Hier bei meinen Klienten lerne ich Gelassenheit, mich zurückzunehmen und vor allem zuzuhören", sagt sie. Regelmäßig geht sie mit einer Klientin ins Museum und diskutiert dort über die Bilder.

Auch Johann Klement ist einer der Regensburger "Zeitschenker". Der 62-Jährige ist selbstständiger Heizungstechniker. Sein Klient habe sich zu Beginn nicht allein aus dem Haus getraut, erzählt er. Heute machen die beiden gemeinsame Radltouren, gehen ins Theater oder zu einem Konzert. "Ich habe die ganze Woche auf Baustellen mit Technik zu tun. Mir ist da was abgegangen", erzählt Klement über seine Motivation: "Die psychologische Seite dieser Begegnungen bereichert mein Leben. Die Partnerschaft bringt mir viel."

Jede Besuchsbeziehung ist anders, jeder Einzelbürgerhelfer gestaltet seine Begegnungen unterschiedlich. Meist sind sie langfristig, auf Jahre ausgelegt. Einig sind sich die Helfer über den guten Rückhalt durch den Sozialpsychiatrischen Dienst. Regelmäßig treffen sich die Ehrenamtlichen und tauschen Erfahrungen aus oder sprechen über Schwierigkeiten.

"Diese Treffen sind wichtig. Da muss ich schon einen guten Grund haben, einmal nicht zu können", bekräftigt Georg Steckenreuter. Der 51-jährige Polizeioberkommissar weiß auch über nicht funktionierende Beziehungen zu berichten. Gleich bei seinem ersten Klienten stieß er an seine Grenzen: "Wir haben uns über Jahre hinweg getroffen, aber er saß mir im Café nur gegenüber und schwieg stundenlang. Heute bin ich sicher, er hat unter der Situation mehr gelitten als ich." Weil es einfach nicht geklappt hat, brach dieser Kontakt ab - allerdings in gegenseitigem Einvernehmen. (01/2871/10.10.2012)

+++

Versöhnung über den Gräbern

Aus den einstigen Feinden des schweren Luftangriffs auf Schweinfurt 1943 wurden Freunde

Von Daniel Staffen-Quandt (epd)

Schweinfurt (epd). Bald, fürchtet Pfarrer Hans Dieter Schorn, wird sich keiner mehr daran erinnern. Nicht an den schrecklichen Bombenhagel, nicht an den Terror der Nazis, nicht an die Versöhnung viele Jahre später. Der 14. Oktober 1943 war ein schlimmer Tag für die unterfränkische Industriestadt Schweinfurt. Die Bomben von 291 Flugzeugen der US-amerikanischen und britischen Luftwaffe treffen die Stadt und ihre Bewohner schwer. Aber auch für die Alliierten ist es kein guter Tag - als "Black Thursday" geht er wegen der enorm großen Verluste in die Annalen ein. Ein Mahnmal an einem alten Luftschutzbunker der Nazis mitten in der Stadt erinnert bis heute an den schweren Luftangriff.

Rund 60 Flugzeuge mit 600 Mann Besatzung werden am 14. Oktober 1943 von deutschen Fliegerabwehrkanonen (Flak) abgeschossen, die amerikanische Luftwaffe bezeichnet den Einsatz später als die "größte Luftschlacht des Zweiten Weltkriegs". Mitte der 1970er Jahre gründen deshalb einige Überlebende dieses zweiten schweren Luftangriffs auf Schweinfurt eine eigene Veteranen- und Gedenkorganisation und geben ihr den Namen "Second Schweinfurt Memorial Association" (SSMA). Nur Veteranen der 8. US-Luftflotte dürfen dort Mitglied sein - und auch nur, wenn sie bei "Mission 115" selbst an Bord eines Flugzeuges waren.

Mitte der 1990er Jahre nimmt Georg Schäfer, Enkel des FAG-Gründers, Kontakt zur SSMA auf. Der 1927 geborene Industriellen-Enkel musste in den letzten Kriegsjahren selbst als Flak-Helfer an den Kanonen stehen, vermutlich auch an jenem 14. Oktober. Schäfer wollte den Kontakt, um viele Jahre nach Kriegsende endlich eine persönliche Aussöhnung der einstigen Feinde in die Wege zu leiten, erinnert sich Pfarrer Schorn. Schorn selbst war kein Flak-Helfer, er war zu jung - doch er erlebte den zweiten schweren Luftangriff auf Schweinfurt im Herbst 1943 in einem der vielen oberirdischen Betonbunker der Kugellagerstadt selbst mit.

Die Aussöhnung zwischen den SSMA-Veteranen und den ehemaligen deutschen Flak-Helfern gelingt - und mündet im Jahr 1998 in einem von den US-Veteranen angeregten Mahnmal. Die rostige Stahlplatte mit Riss steht seither mitten in der Stadt, vor der Betonmauer eines Bunkers, in Sichtweite des Stadttheaters. Vier Mal trafen sich die Überlebenden beider Seiten seither in Schweinfurt - doch jetzt sind die noch lebenden US-Veteranen zu alt, um die Strapazen einer Überseeflugreise nochmals auf sich zu nehmen, sagt Schorn. Und von den ehemaligen Flak-Helfern leben nur noch sechs, bei vieren ist der Gesundheitszustand kritisch.

An diesem Sonntag jährt sich der Luftangriff zum 69. Mal. Auch diesmal werden am Mahnmal wieder zwei Kränze niedergelegt, berichtet Schorn. Einer im Auftrag der US-Veteranen, einer im Namen des Schweinfurter Oberbürgermeisters Sebastian Remelé (CSU). Der Pfarrer, der auch zu Georg Schäfers Lebzeiten die Treffen zwischen SSMA und Flak-Helfern mitorganisiert hat, erinnert die Stadt regelmäßig an solche Jahrestage, sagt er. "Aber was ist, wenn ich mal nicht mehr lebe", sagt der im April 1933 Geborene. Die Erinnerung aber darf nicht verblassen, findet er: "Das gehört zur Geschichte der Stadt wie der Dreißigjährige Krieg."

Im kommenden Jahr, zum 70. Jahrestag, wollen die Kinder und Enkel der SSMA-Veteranen nach Deutschland kommen, weiß Schorn: "Ich bin nicht mehr fit genug, um für über 60 Personen den Reiseführer zu machen." Der Gedanke, dass die Amerikaner womöglich ohne Rahmenprogramm herumreisen und alleine vor dem Denkmal stehen, beschäftigt ihn: "Der moralische Druck ist groß, ich hoffe, er reicht aus, das Gedenken nicht einschlafen zu lassen." (01/2910/12.10.2012)

+++

Keine Steuergelder fürs Militär

Friedensaktivist scheitert mit Klage gegen Finanzamt

Von Daniela Ramsauer (epd)

Nürnberg (epd). Jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland darf frei nach seinem Gewissen leben - das ist im Artikel des Grundgesetzes verankert. Und darauf beruft sich Bernhard Vetter, der Mitglied der Friedensbewegung "pax christi" ist. Die Tatsache, dass Steuergelder für militärische Maßnahmen ausgegeben werden, könne er mit seinem Gewissen beim besten Willen nicht vereinbaren. Er sieht seine Grundrechte durch diese Vorgehensweise verletzt.

Weil der Friedensaktivist nicht will, dass Krieg und Rüstung auch mit seinen Steuergeldern finanziert werden, hat er das Finanzamt Nürnberg Süd verklagt. Seine Forderung: Sein Geld soll ausschließlich für zivile Zwecke eingesetzt werden. Der fünfte Senat des Finanzgerichtes Nürnberg hat die Klage abgewiesen.

Vom Finanzamt Nürnberg verlangte Vetter deshalb, dass es die Abgabenordnung ändert - also das Gesetz, das regelt, wie mit der Steuer umgegangen wird. "Das Finanzamt soll sich um eine Vorschrift bemühen, die sicherstellt, dass mein Geld nicht für Krieg ausgegeben wird", sagt Bernhard Vetter. "Es ist eine außergewöhnliche Klage, die sie hier vorbringen", erwiderte Richter Raab. "Sie wollen bestimmen, wie Steuerbeträge verwendet werden. Damit rühren sie an den Grundprinzipien unseres Verfassungsstaates."

Deutschland funktioniere nach dem Prinzip des Steuerstaates, sagt Raab. Damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, wird er über Steuern der Gemeinschaft finanziert. "Das ist eine wichtige Errungenschaft unserer Demokratie", erklärt der Richter. Demnach seien auch alle Mitglieder des Staates verpflichtet, Steuern zu zahlen. Wie die Steuern verwendet werden, lege dann die Bundesregierung als Staatsorgan im Haushaltsplan fest. Das Parlament, in dem die vom Volk gewählten Vertreter sitzen, stimme anschließend darüber ab.

"Geht die Gewissensfreiheit so weit, dass ein einzelner Bürger darüber bestimmen darf, wie seine Steuergelder eingesetzt werden?", fragt das Gericht. Aktuell flößen deutsche Steuergelder nach Griechenland, um es in seiner katastrophalen Finanzlage zu unterstützen. "Ich bin mir sicher, es gibt viele Bürger, die wollen nicht, dass ihr Geld dafür eingesetzt wird", sagt Raab. Genauso wenig wollten Leute, dass der Krieg in Afghanistan oder Waffenherstellung mit deutschen Geldern subventioniert werden.

Doch in der Kompetenz des Finanzgerichts liege es nicht, das Gesetz "Abgabenordnung" zu ändern, sagt Raab. "Wir als Finanzgericht können nur über ihre Einkommensteuer entscheiden." Auch das Finanzamt Nürnberg sieht sich nicht zuständig für Vetters Anliegen: "Sie sind bei uns völlig an der falschen Adresse", stellte Michael Berntgen, der Vertreter des Finanzamts Nürnberg Süd, klar. "Wir als Verwaltung können keine Gesetze umschreiben."

Eine Revision beim Bundesfinanzhof wird nicht zugelassen, weil "nicht erkennbar ist, dass diese Frage von einem anderen Gericht anders behandelt wird", begründet Richter Raab die Gerichtsentscheidung. (01/2883/10.10.2012)

+++

Lehre trotz Lernbehinderung

Die 19-jährige Sarah Labisch kämpft sich mit Handicap durch die Altenpflege-Ausbildung

Von Laura Häpp (epd)

Würzburg, Marktheidenfeld (epd). Sarah Labisch ist eine Kämpferin. Die 19-Jährige aus Karlstadt (Kreis Main-Spessart) hat sich den Weg von der Förder- bis zur Berufsschule erkämpft. Am 1. September hat sie an der Berufsfachschule für Altenpflege in Marktheidenfeld ihre Ausbildung begonnen. Doch eine "normale" Ausbildung, wie sie für viele Jugendliche selbstverständlich erscheint, musste sich die junge Frau erst hart erarbeiten.

Sarah hat eine Lernbehinderung. Sich zu konzentrieren fällt ihr schwer, gute schulische Leistungen sind so nicht einfach. "Ich behalte den Stoff einfach nicht im Kopf. Ich lese mir meine Unterlagen durch und lerne es. Aber am nächsten Tag habe ich das meiste schon wieder vergessen", erklärt sie. Außerdem fällt es ihr schwer, sich längere Zeit auf eine Sache zu konzentrieren. "Und mit der Rechtschreibung habe ich auch einige Probleme", sagt die Auszubildende. Doch mit Fleiß und Ausdauer hat sie sich ihren Schwächen entgegengestellt.

Bevor sie sich für den Beruf der Altenpflegerin entschied, hatte Sarah andere Pläne: "Eigentlich wollte ich Friseurin werden." Nach einem Praktikum in einem Friseursalon hatte sie es sich aber anders überlegt: "Ich wollte gleich mithelfen, das konnte ich dort nicht." Nach der Förderschule machte sie im Don Bosco Berufsbildungswerk in Würzburg ihren Hauptschulabschluss. Nach einem Praktikum habe sie sofort die Entscheidung für den Pflegebereich gefällt: "Im Altenheim konnte ich richtig mit anpacken - das hat mir Spaß gemacht."

Über eine sogenannte berufsvorbereitende Qualifizierungsmaßnahme der Don-Bosco-Schule hat Sarah ihren Schwesternhelferschein gemacht. "Als ich das Berufsbildungswerk in Würzburg verlassen habe, hätte ich natürlich anfangen können zu arbeiten, aber ich wollte noch weiter zur Schule gehen", erzählt die 19-Jährige. Deshalb habe sie zusätzlich eine Ausbildung zur Pflegefachhelferin an der Halma Berufsfachschule für Altenpflege in Würzburg begonnen.

Nach einem anstrengenden Jahr hatte Sarah ihre Ausbildung als Pflegefachhelferin in der Tasche. Doch sie hatte noch einen weiteren Traum: Eine Ausbildung als staatlich anerkannte Altenpflegerin. "Ich hatte zwar Angst, dass mir das Lernen zu schwer fällt und ich deshalb die Ausbildung nicht schaffe", berichtet sie. Doch Familie und Freunde stünden "voll und ganz hinter mir". Durch die Unterstützung ihrer Familie, ihrer Lehrer und ehemaligen Betreuer habe sie schließlich den Schritt in die dreijährige Ausbildung in Marktheidenfeld gewagt.

Seit Anfang September fährt Sarah Labisch nun jeden Morgen rund 20 Kilometer von Karlstadt zu ihrer neuen Schule in Marktheidenfeld. Sie müsse sich anstrengen, um am Ball zu bleiben, sagt sie, "aber ich bin glücklich". Ganz geschafft hat sie es allerdings noch nicht, es fehlt noch ein kleiner Schritt: Die 19-Jährige muss die sechsmonatige Probephase überstehen. Im Februar bekommt sie mitgeteilt, ob ihre Leistungen ausreichend waren und sie ihre Ausbildung fortsetzen darf.

Doch Sarah blickt frohen Mutes in die Zukunft. "Ich strenge mich sehr an und passe im Unterricht gut auf. Beim Schriftlichen hakt es zwar noch ein wenig, aber ich gebe mein Bestes", sagt sie. (01/2922/13.10.2012)

+++

Der heilige Mord

Regensburgerin forscht über Religion im "Tatort"

Von Charlotte Morgenthal (epd)

Regensburg, Bad Herrenalb, Göttingen (epd). Eine schwangere Nonne wird ermordet in einem abgelegenen Kloster aufgefunden. Kommissar Flemming ermittelt den Fall "Heilig Blut" (1996) in der Fernsehserie "Tatort". Religiöse Themen und Motive sind dort längst nicht mehr die Ausnahme, sagt die Göttinger Literaturwissenschaftlerin Claudia Stockinger. Die gebürtige Regensburgerin hat in einer Studie die Sonntagabendserie auf Religion untersucht und dabei viele Parallelen Kirche und Krimiwelt entdeckt. An diesem Sonntag wird sie dafür in Bad Herrenalb mit dem Preis der Evangelischen Akademie Baden ausgezeichnet.

Die Tatort-Kommissare kämpften ähnlich wie die Kirchenvertreter gemeinsam für das Gute, sagt die 42-jährige Professorin. "Beide wollen Gerechtigkeit." Besonders deutlich werde dies in der Rolle des Frankfurter Ermittlers Felix Murot, gespielt von Ulrich Tukur. In der Folge "Wie einst Lilly" (2010) erinnert sich Murot an seine Kindheit als Sohn eines evangelischen Pastors am Edersee und stellt fest: "Das ist eine Familientradition. Wir sind beide in dem Projekt Erlösung tätig."

Die Verhöre der Ermittler mit den Tätern ähnelten oft einer Beichte, sagt Stockinger. "In den Gesprächen geht es auch um die Heilung einer gestörten Seele." Im Tatort "Borowsky in der Unterwelt" (2005) sitzt der Kieler Kommissar Klaus Borowsky, gespielt von Axel Milberg, selbst im Beichtstuhl. Dort muss er erkennen, dass das Beichtgeheimnis selbst dann nicht gebrochen werden darf, wenn dadurch ein Mord aufgeklärt werden könnte.

Besonders die katholische Kirche werde immer wieder Schauplatz der Serie, gerade weil sie so bildreich sei, vermutet Stockinger. Der Protestantismus spiele hingegen kaum eine Rolle. Alle Konfessionen würden jedoch ausführlich und fair erklärt. "Der Tatort stellt Priester oder Nonnen nicht als schräge und seltsame Typen dar, sondern zeigt, dass sie ganz normale Menschen sind."

Stockinger ist nicht die einzige, die den "Tatort" mit Religion verbindet. Der Schauspieler Ulrich Tukur verglich die Serie mit einer Kirche mit einer großen gläubigen Gemeinde. Und mit einem religiösen Bild antwortete Tukur auf den Vorschlag des zukünftigen Hamburg-Ermittlers Til Schweiger, künftig auf den traditionellen Vorspann der Sendung zu verzichten. "Eine Kirche erneuert man spirituell und von innen heraus und nicht, indem man den Glockenturm abreißt", gab Tukur zu bedenken.

In der 40-jährigen Geschichte von Deutschlands beliebtester Krimiserie habe sich die Darstellung von Religion auch gewandelt, sagt Stockinger. Zu Beginn sei der Glaube oft nur als Nebenschauplatz dargestellt worden, etwa bei Beerdigungen der Opfer oder durch einen Blick auf ein Kreuz in Amtsstuben. "Damals gehörte Religion auch mehr zum Alltag der Zuschauer." Erst mit den 90er Jahren seien die Alltagssymbole verschwunden, und Religion wurde häufiger zum Thema einer ganzen Sendung.

In den Handlungen fänden sich seitdem immer wieder Parallelen zur biblischen Geschichte. So wird im Tatort "Passion" (2000) in einem österreichischen Bergdorf während der Passionsspiele der Jesus-Darsteller tatsächlich ans Kreuz genagelt. Die Ermittler erfahren erst nach und nach, wie sehr der Leidensweg des jungen Mannes in der streng katholischen Dorfgemeinschaft der biblischen Geschichte glich.

Die Katholikin Stockinger verbindet mit der Studie auch ihre private Leidenschaft für die Krimiserie. Die Untersuchung ist Teil eines größeren bundesweiten Projekts der Deutschen Forschungsgesellschaft. Darin wird geprüft, wie Fernsehserien die Wahrnehmung von Menschen beeinflussen.

Einen missionarischen Effekt habe der "Tatort" allerdings nicht auf sein Millionenpublikum, sagt Stockinger. Jedoch könnten die Zuschauer einen Einblick in unterschiedliche Religionen oder auch Sekten wie Scientology oder Voodoo bekommen.

Auch in dem Fall der ermordeten schwangeren Nonne wird das Klosterleben detailliert gezeigt. So zieht eine Polizistin zu den Ordensschwwestern in den Konvent. Doch begegnen die Tatort-Ermittler dem Religiösen auch skeptisch, und Geistliche werden zu Tatverdächtigen. So erklärt Kommissar Flemming in der Kloster-Folge der Äbtissin mit vielsagendem Blick: "In meinem Beruf reicht Glauben eben nicht aus." (01/2891/11.10.2012)

+++

LANDESREDAKTION

Chefredakteur: Achim Schmid
Tel.: 089 / 121 72 139

Landesredaktion/Newsdesk

Redakteure:
Christiane Ried/Dirk Johnen
Birkerstr. 22
80636 München
Tel.: 089 / 121 72 116
Fax: 089 / 121 72 179
epdbayern@epv.de
www.epd.de/bayern
www.epv.de

Redaktionsassistentz :
Dr. Cornelia Petersen-Laux
Tel.: 089 / 121 72 117 (Bild)

Christiane Reinke
Tel.: 089 / 121 72 116

Archiv
Hans Deyerl
Tel.: 089 / 121 72 173
epdarchiv@epv.de

BEZIRKSREDAKTIONEN

Augsburg

Redaktion: Simon Laufer
Im Annahof 4
86150 Augsburg
Postfach 110429
86029 Augsburg
Tel.: 0821 / 158 733
Fax: 0821 / 516 389
augsburg@epd.de

Nürnberg

Redaktion: Jutta Olschewski
Redaktionsassistentz:
Angelika Palme
Egidienplatz 37
90403 Nürnberg
Tel: 0911 / 224 556
Fax: 0911 / 241 336
nuernberg@epd.de

Bayreuth

Redaktion: Christiane Ried
(kommissarisch)
Tel.: 0175/2218557
bayreuth@epd.de

Regensburg

Redaktion: Dirk Johnen
Tel.: 0171/8304727
Alumneum
Am Ölberg 2
93047 Regensburg
regensburg@epd.de

München

Redaktion: Rieke C. Harmsen
Birkerstr. 22
80636 München
Tel: 089 / 121 72 118
Fax: 089 / 121 72 319
muenchen@epd.de

Würzburg

Redaktion: Daniel Staffen-Quandt
Friedrich-Ebert-Ring 30
97072 Würzburg
Tel: 0931 / 830 73
Fax: 0931 / 831 12
wuerzburg@epd.de